

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Li Pengs Nahostmission

Vom 2. bis 14. Juli besuchte der chinesische Ministerpräsident Ägypten, Jordanien, den Iran, Saudi-Arabien, Syrien und Kuwait (Näheres dazu im Nahost-Thema des vorliegenden Heftes). -we-

*(2)

Chinas Haltung zur Abrüstung in Nahost

Vgl. dazu im einzelnen das Nahost-Thema im vorliegenden Heft. -we-

*(3)

Osteuropa verschwindet aus der chinesischen Optik. Selbst Jugoslawien wird zum Nebenthema

Unmittelbar nach dem Beginn der Reformen in der Sowjetunion, in deren Gefolge es auch zu einem Tauwetter zwischen China und den Verbündeten Moskaus in Osteuropa gekommen war, hatten sich die chinesisch-osteuropäischen Begegnungen erstaunlich schnell vervielfacht. 1986 beispielsweise besuchte der ZK-Vorsitzende der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Jaruzelski, sowie der damalige Generalsekretär der SED, Erich Honecker, die VR China. Im September 1986 kamen der damalige chinesische Außenminister Wu Xueqian und der Stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Liao Hansheng, zu Besuchen nach Osteuropa.

Bereits im Jahr vorher, 1985, hatte der damalige Stellvertretende Ministerpräsident Li Peng ebenfalls fünf osteuropäische Staaten besucht und mit Polen, Ungarn, der CSSR und Bulgarien

Handelsabkommen für den Zeitraum 1986 bis 1990 abgeschlossen. Auch in den wissenschaftlich-technischen Bereichen hatte sich die Zusammenarbeit intensiviert. Man erinnerte sich damals gegenseitig an die exzellente Zusammenarbeit zwischen Osteuropa und China in den 50er Jahren, und man beschloß, diese alten Beziehungen mit neuem Inhalt zu füllen.

Auch in den nachfolgenden Jahren schien nichts mehr die "allseitige Annäherung" bremsen zu können: So kamen z.B. im Oktober 1987 der ungarische Parteichef Janos Kadar und im Mai 1988 der Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, Milos Jakes, nach China. Immer wieder auch meldete sich Ceausescu, und sogar Albanien machte Anstalten, nach Jahren der Trennung sich dem während der Kulturrevolution so eng verbündeten "Bruderstaat" wieder anzuschließen.

Auch sonst schien alles nach den chinesischen Wunschvorstellungen zu laufen. Sehr angetan zeigte sich Beijing von den Reformen in Ungarn, Polen und Bulgarien (Näheres dazu beispielsweise in: BRu 1988, Nr.3, S.26-29). Auch in der CSSR zeichnete sich nach chinesischer Auffassung ein deutlicher "Reformtrend" ab (dazu beispielsweise BRu 1988, Nr.2, S.23 f.).

Politisch konnte sich die Entwicklung ebenfalls sehen lassen: Im Februar 1988 beispielsweise trafen sich die Außenminister der sechs Balkanstaaten (Albanien, Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Türkei und Jugoslawien) zu Gesprächen, um, wie Beijing meinte, "ein Fundament für eine fruchtbare multilaterale Zusammenarbeit und gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln" (BRu 1988, Nr.10, S.29).

Was insbesondere Jugoslawien anbelangt, so war das Verhältnis zu diesem Balkanstaat seit dem Besuch Titos i.J. 1977 Gegenstand ständiger Begeisterung der chinesischen Propaganda:

Nachdem Tito vorher jahrelang als "Erzrevisionist" beschimpft worden war, galt er nun, im Zeichen der nach "Prag" (1968) entstandenen gemeinsamen Achse gegen den "Sozialimperialismus" zusammen mit Ceausescu als Hauptverbündeter in Osteuropa. Auch das jugoslawische Modell wurde nun in hellen Farben dargestellt, und voller Sympathie verfolgte die chinesische Presse die Reform- und Integrationsbemühungen des Balkanstaats (zum Balkan-Ministertreffen: RMRB, 28.2.88). Sogar eine Tito-Biographie kam im Juni 1985 in China heraus. Mit Tito wurde auch der Eurokommunismus salonfähig - kurzum, im Zeichen des gemeinsamen Kampfes gegen Moskau war alles und jedes recht, was als Bindemittel erhalten konnte.

Noch interessanter schien Osteuropa für China zu werden, als die Vertreter osteuropäischer KPs, unter ihnen auch SED-Vertreter Krenz, "Verständnis" für die Niedermetzlung der Studenten vor dem Tiananmen bekundeten.

Doch dann kam der große Schock: Eine "brüderliche" Partei nach der anderen stürzte 1989 vom Sockel - im Dezember 1989 gar der Hauptverbündete, Ceausescu.

Seit dieser Zeit kommt Beijing in Artikulationsnot, wenn es über Osteuropa zu sprechen versucht. Ab und zu ist vom Besuch eines osteuropäischen Politikers die Rede (so kam beispielsweise der rumänische Staatsminister Popescu im Juli zu Besuch) und ab und zu werden auch Wirtschafts- oder Wissenschaftsprotokolle unterzeichnet - so z.B. in Warschau sowie in Prag im März 1991 (XNA, 17. und 27.3.91); außerdem besuchte Außenminister Qian Qichen bei seiner 17tägigen Europareise im Februar 1991 neben Portugal, Spanien, Griechenland und Malta auch drei ehemalige Ostblockstaaten, nämlich Polen, Bulgarien und Ungarn (dazu C.a., Februar 1991, Ü 4). Ferner wird über die "neue Kooperation in Mittel- und Südeuropa" berichtet. So kamen beispielsweise vom 31. Juli bis 1. August 1990 die Vertreter Italiens, Österreichs, Ungarns, Jugoslawiens und der CSFR, die verschiedenen Bündnisssystemen und Wirtschaftsblöcken angehören, zusammen und sprachen über eine neue Kooperation, die (wie in der chinesischen Berichterstattung nicht erwähnt) an Modelle aus der K.u.k.-Zeit erinnert.

Während des Berichtszeitraums schließlich (Juni/Juli) war lediglich von dem bereits erwähnten Besuch Popescus, ferner vom Tod einer bulgarischen Künstlerin (XNA, 11.7.91) und ein wenig von Jugoslawien die Rede. In einer Erklärung vom 29. Juni 1991 beispielsweise zeigte sich ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums über die "schlechte Situation in Jugoslawien sehr besorgt". China hält, wie zwischen den Zeilen deutlich zu lesen ist, die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens für unheilvolle Entwicklungen (XNA, 6.7.91).

Im übrigen enthält sich Beijing weitgehend der Kommentierung zur Lage in Jugoslawien: Die von den Vertretern der Teilstaaten getroffenen Stillstandsvereinbarungen würden leider immer wieder durch einzelne Gruppen verletzt. Die EG habe sich bei den Vermittlungsverhandlungen Verdienste erworben. Dasselbe müsse den 35 Staaten der KSZE zugestanden werden, die am 3. und 4. Juli eine Krisensitzung abhielten, um die Situation Jugoslawiens zu diskutieren.

Je weiter sich die Krise jedoch verschärfte, um so mehr hätten einige westliche Länder ihre Haltung zu Jugoslawien geändert und nun nicht mehr die Einheit Jugoslawiens unterstützt, sondern nur noch die friedliche Lösung der Krise befürwortet. Jugoslawien habe vor Versuchen einiger westlicher Länder gewarnt, die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens zu legalisieren, weil dies die Prinzipien der KSZE und des Völkerrechts verletze. China versucht bei der Darlegung der Entwicklungen möglichst wenig Partei zu nehmen, doch merkt man immer wieder, wie seine Sympathien bei den Einheitsbefürwortern, im wesentlichen also bei den Serben liegt. Am 19. Juli 1991 überreichte der neue chinesische Botschafter, Zhang Dake, Staatspräsident Mesic sein Beglaubigungsschreiben und betonte erneut, daß China über die gegenwärtige Situation in Jugoslawien "sehr besorgt" sei. China hoffe allerdings, daß geeignete Mittel gefunden würden, "Stabilität und Einheit" wiederherzustellen; denn diese seien die "einzigen nützlichen Wege für das jugoslawische Volk" (XNA, 21.7.91; vgl. zum Thema Jugoslawien auch C.a., Juni 1991, Ü 2).

Zu den "sozialistischen" Ansprechpartnern gehört zumindest theoretisch nach wie vor auch Albanien, mit dem

sich China ja nach einer langen Zeit der Entfremdung wiederversöhnt hat (dazu C.a., Januar 1991, Ü 2). Der ehemalige Parteichef Enver Hoxha, der am 11.4.1985 gestorben war, hatte das Verhältnis Albaniens zu China nach einer Phase intensiver Zusammenarbeit abkühlen lassen, nachdem Beijing 1977 einen der ärgsten Feinde Albaniens, nämlich Tito, nach China eingeladen hatte. Erst unter dem Nachfolger Hoxhas, Rauniz Alia, war es dann zu einer langsamen Wiedernäherung gekommen. Ein Jahr nach dem Antritt des neuen KP-Führers Alia gab Beijing am 12. April 1986 eine höchst positive Einschätzung der Politik des "Nachfolgers" (dazu XNA, 14.4.86). Auch über die nun angelaufene Reformpolitik gab es nur Lob. 1986 wurde auch ein neuer albanischer Botschafter nach China entsandt (XNA, 25.11.86) - ebenfalls ein Signal. -we-

*(4)

Kuba wünscht engere Beziehungen zu China

Am 1. Juli traf der Vizepräsident des kubanischen Staatsrats, Carlos Rafael Rodriguez, zu einem offiziellen Besuch in Beijing ein und wurde dort von der gesamten Führungselite willkommen geheißen.

Die neue Herzlichkeit steht in Kontrast zu dem kühlen Verhältnis, das zwischen der Volksrepublik und der Karibikinsel jahrelang herrschte. Kuba hatte seit Mitte der 60er Jahre als enger Verbündeter der Sowjetunion gegolten, die damals ja in der chinesischen Perzeption zum Hauptfeind aufgerückt war. Kuba war aus chinesischer Sicht damals einer jener Verbündeten der Sowjetunion, der überall in der Welt für Moskau die Kastanien aus dem Feuer holte. Kubanische Söldner seien im Dienst der Sowjetunion in nicht weniger als 17 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas tätig - insgesamt 52.000 Soldaten, hieß es damals. Gerade mit Hilfe Kubas betreibe Moskau Expansion und Infiltration in Zentralamerika, im karibischen Raum und in Afrika. Was Israel für die USA in Nahost, sei Kuba für die UdSSR in Zentralamerika und Afrika.

Diese Zeiten sind, wie gesagt, vergessen. Inzwischen hat sich Beijing mit der Sowjetunion ausgesöhnt, Kuba hat seine Söldner zurückgezogen, und im

übrigen betrachten sich beide Seiten als Mitglieder jenes klein gewordenen Häufchens der Getreuen, die bei der Verteidigung der Wagenburg "Sozialismus" übriggeblieben sind.

Was Kuba selbst anbelangt, so fühlt es sich nach dem Zerbröckeln der Achse Havanna-Moskau in einer täglich heikler werdenden Isolation, so daß es sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus nach neuen Partnern Ausschau halten muß.

Für Rodriguez gab es denn auch, wie er betonte, zwei Hauptthemen, nämlich den gemeinsamen "politischen Willen, am Sozialismus weiterzubauen" und verstärkte Handelsbeziehungen mit China, dessen Produkte kubanischen Bedürfnissen entgegenkämen.

Bereits im Januar 1991 hatten Kuba und China eine 5jährige Handelsvereinbarung unterzeichnet.

Die chinesische Seite legte bei ihren Erklärungen Wert auf die Tatsache, daß Kuba das erste lateinamerikanische Land gewesen sei, das diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen habe. Ferner wurde betont, daß beide Seiten am Führungsmonopol ihrer KPs festhalten wollten. Schließlich sollten die Beziehungen zu anderen Staaten auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz ausgestaltet werden (XNA, 4. und 5.7.91.). "Wir sollten auf dem Gebiet der Wirtschaft und in anderen Bereichen die Vorteile des sozialistischen Systems voll ins Spiel bringen", hieß es in einer gemeinsamen Erklärung (XNA, 5.7.91.). Vor allem aber kam immer wieder die Forderung nach einem Festhalten an der Führung durch die jeweilige KP zum Ausdruck (ebenda).

Neben Nordkorea, Vietnam und Kuba bleiben wenige Inseln des sog. "Sozialismus", die China für Sonderbeziehungen gewinnen könnte. Selbst Kambodscha und Laos sind in dieser Hinsicht zwischenzeitlich zu zweifelhaften Gefährten geworden.

Aus dem lateinamerikanischen Gebiet kam im Berichtszeitraum nur noch der Premierminister von Jamaika zu Besuch nach China (XNA, 5.6.91.). -we-

*** (5)
Bald diplomatische Beziehungen mit Südafrika?**

Anfang Juni 1991 bekundete ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums Interesse an einer baldigen Normalisierung der Beziehungen Chinas mit Südafrika: Es ereigneten sich dort z.Zt. "positive Wandlungen". "Normale Beziehungen" könnten in dem Augenblick aufgenommen werden, da auch die letzten Spuren der Apartheidpolitik abgeschafft sind. Gespräche zwischen beiden Ländern auf nichtdiplomatischer Ebene hätten bereits begonnen (so SABC-TV-Kanal Johannesburg nach SWB, 3.6.91). -we-

*** (6)
China stellt die diplomatischen Beziehungen mit der Zentralafrikanischen Republik ein**

Am 8.Juli nahm die Zentralafrikanische Republik mit der Republik China diplomatische Beziehungen auf. Taibei hat damit erneut einen Einbruch in die diplomatische Front der Volksrepublik erzielt, nachdem es schon vorher Grenada, Liberia, Belize, Lesotho, Guinea-Bissau und Nicaragua aus der Front der Volksrepublik "herausgesprengt" hatte, und zwar mit seiner im November 1988 eingeleiteten "flexiblen Diplomatie" (tanxing waijiao), die von Beijing als "Geld-Diplomatie" verurteilt wird, da das wohlhabende Taiwan seine neuen Partner gut zu bezahlen pflegt, während sie von Beijing meist nur schöne Worte entgegennehmen können.

Noch am gleichen Tag "stellte" die Volksrepublik daraufhin ihre diplomatischen Beziehungen zu dem afrikanischen Staat ein. Der Akt widerspreche dem Kommuniqué von 1964 (Aufnahme der diplomatischen Beziehungen) und von 1976 und sei "für das chinesische Volk völlig unannehmbar" (XNA, 20.7.91). -we-

*** (7)
Beinahe-Rückschlag im amerikanisch-chinesischen Verhältnis: Der Kampf um die Meistbegünstigungsklausel**

Schon gleich im Anschluß an die diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Beijing, die mit Wir-

kung zum 1.Januar 1979 zustande gekommen waren, hatte ein Tauziehen um die Gewährung der Meistbegünstigung an China begonnen. Die Amerikaner hatten den MB-Status von einer Garantie der Chinesen abhängig gemacht, ihre Staatsbürger auswandern zu lassen (vgl. u.a. C.a., Mai 1979, Ü 7; C.a., Juni 1979, Ü 42).

Nach langem Hin und Her wurde dann am 7.Juli 1979 das Handelsabkommen zwischen beiden Ländern unterzeichnet, in dem auch die Meistbegünstigung enthalten war: Importe aus China unterlagen damit dem jeweils niedrigsten Zollsatz, den die USA auch anderen Ländern einräumten. China wurde damit den meisten Außenhandelspartnern der USA gleichgestellt, während nur wenige Länder, darunter die UdSSR, im Nachteil blieben.

Wie sich schon bald herausstellte, brachte der MB-Status den Chinesen Vorteile in Höhe von vielen Milliarden US-Dollar. Kaum noch jemand zweifelte an der Korrektheit dieser Begünstigung, und Jahr für Jahr stimmten beide Häuser des US-Kongresses der Verlängerung des MB-Status zu - bis dann jenes Ereignis eintrat, das auf die amerikanisch-chinesischen Beziehungen einen tiefen Schatten warf, nämlich das Tiananmen-Massaker.

Bereits 1990 hatten die meisten Mitglieder des Repräsentantenhauses für eine Beendigung des MB-Status votiert, waren damals mit der Vorlage allerdings im Senat gescheitert. Die meisten Abgeordneten des Repräsentantenhauses argumentierten, eine Beendigung der MB stärke lediglich die konservativen Kräfte in Beijing und schade den amerikanischen Außenwirtschaftsbeziehungen.

Präsident Bush und seine Regierung sowie die meisten Senatoren argumentierten umgekehrt, daß normale Handelsbeziehungen mit China am besten geeignet seien, die Beijinger Führung zu Reformen zu zwingen.

1991 begann die MB-Debatte ein weiteres Mal. Sie hatte ihre Schatten vorausgeworfen und die chinesische Regierung beunruhigt. Immer wieder wiesen chinesische Politiker und Diplomaten die USA darauf hin, daß die MB-Klausel essentiell für das amerikanisch-chinesische Verhältnis sei, und

daß sich die USA bei einer Abschaffung ins eigene Fleisch schnitten (z.B. XNA, 11.7.91).

Auch die G-7-Gruppe, also die "Gruppe der 7 am meisten industrialisierten Nationen", hatte bei ihrem Gipfel in London Mitte Juli 1991 empfohlen, daß die USA damit fortfahren sollten, China den MB-Status einzuräumen.

Alle Warnungen und Empfehlungen nützten jedoch nichts: Mit 313 gegen 112 Stimmen beschloß das Repräsentantenhaus am 20.7.1991, die MB im Handel mit China für 1992 auszusetzen und die Verlängerung an Bedingungen zu knüpfen, welche die Menschenrechte und den Waffenexport betreffen (XNA, 12.7.91).

Die dramatische Mehrheit, die hier erreicht wurde, war nicht zuletzt durch das von amnesty international beklagte "wachsende Ausmaß von Repressionen und Hinrichtungen" sowie durch die Waffenlieferungen der Beijinger Regierung in Spannungsgebiete beeinflusst worden.

Die Entscheidung bedeutete eine Niederlage für Präsident Bush, der den MB-Status Chinas unangetastet lassen wollte.

Beijing reagierte mit der erwarteten Schärfe. Gewiß, die Maßnahme werde, wenn sie denn verhängt werde, China schaden, gleichzeitig schnitten sich aber auch die USA ins eigene Fleisch: Vier Folgen seien vor allem zu erwarten: (1) Die USA würden den Markt in China verlieren, von dem sie bisher als drittgrößter Handelspartner profitiert hätten. Die Exporte aus den USA hätten bisher rd. 13% des gesamten Importvolumens Chinas ausgemacht. Die USA hätten Weizen im Werte von 1,1 Mrd.US\$ geliefert. Jährlich habe China auch Luftfahrtgeräten im Werte von rd. 1 Mrd. bezogen, ferner Kunstdünger im Werte von 480 Mio., Baumwolle im Werte von 250 Mio., Holz und Papier im Werte von 260 Mio., Computer und Maschinen im Werte von 340 Mio. Rd.100.000 Amerikaner hätten ihre Arbeitsplätze dem Handel mit der VR China zu verdanken. Gerade auch habe die zweite chinesische Einkäufergruppe in den USA Waren im Werte von 1,2 Mrd. US\$ geordert. Gemäß dem Zehnjahresplan Chinas nähmen die Importe bis zum

Jahr 2000 rapide zu. Hier überließen die USA ihren Konkurrenten aus Japan und Europa den Markt. (2) Ferner gingen den Amerikanern billige Importe aus China verloren, wodurch vor allem die amerikanischen Konsumenten geschädigt würden. (3) Auch die amerikanischen Investitionen könnten beeinträchtigt werden. Bisher hätten 1.309 US-Unternehmen eine Gesamtsumme von 4,36 Mrd.US\$ in China investiert. (4) Nicht zuletzt auch werde Hongkong unter dem Rückgang des amerikanisch-chinesischen Handels leiden, über dessen Gebiet ja ein Großteil des chinesisch-amerikanischen Transitvolumens verlaufe (RMRB, 13.7.91).

Die Abstimmung sei im übrigen eine "Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas" (XNA, 12.7.91).

Der MB-Status sei ein "Eckstein der sino-amerikanischen Beziehungen" (RMRB, 15.7.91). Leider sei die alljährliche Diskussion um den MB-Status Chinas zu einer "ständigen Waffe" (changbei wuqi) der USA gegen China geworden (RMRB, 15.7.91). Man täusche sich jedoch nicht: China gehe keinen Handel "MB gegen Prinzipien" ein. Vor allem könne eine solche Entscheidung keinen Einfluß auf das Tempo oder das Ausmaß der Reformen haben. China lasse sich nicht "strafen".

Hoffnung konnte Beijing jetzt nur noch auf den Senat setzen, der bereits im Vorjahr gegen das Votum des Repräsentantenhauses gestimmt hatte.

Es zeigte sich erneut, daß die beiden Häuser des Kongresses in der China-Frage tief gespalten sind; denn nach einer Debatte von eineinhalb Tagen beschloß der Senat mit 55:44 Stimmen, daß die Meistbegünstigung für China ab Juni 1992 nur dann aberkannt werden solle, falls die Volksrepublik während der nächsten 12 Monate gewisse Bedingungen nicht erfüllt. Zu diesen Bedingungen gehörten die Aufnahme Taiwans in das GATT, die Teilnahme Beijings an einem globalen Vertrag zur Nichtweiterlieferung gewisser Waffen und die Nichtlieferung von Gütern, die in chinesischen Gefängnissen hergestellt werden (SCMP, 20.7.91). Auch die Menschenrechtsfrage wurde hier angesprochen.

Der Präsident hat nach amerikanischer Verfassung das Recht, gegen Beschlüsse des Kongresses ein Veto einzulegen,

woraufhin in beiden Häusern mehr als zwei Drittel der Stimmen erforderlich sind, um dieses Veto zu überstimmen.

Bush machte von diesem Vetorecht keinen Gebrauch, sondern verlängerte den MB-Status am 23.Juli 1991. Beijing begrüßte diese Maßnahme, bedauerte aber, daß Bush gleichzeitig einen Beschluß bekanntgegeben habe, demzufolge der Export von Satellitenteilen nach China reduziert werde. Diese Maßnahme treffe vor allem Chinas Wetterforschungseinrichtungen, die angesichts der gewaltigen Unwetter in den vorangegangenen Wochen - für China ganz besonders unentbehrlich seien (XNA, 25.7.91).

Der Schwarze Peter liegt also jetzt wieder bei der VR China.

Das Abstimmungsergebnis von Washington scheint die Behörden in China nachdenklich gemacht zu haben. Zum ersten Mal ließen sie nämlich wenige Tage nach der Abstimmung die erste Gruppe ausländischer Menschenrechtsvertreter in die Volksrepublik einreisen. Die Teilnehmer dieser Gruppe zeigten sich beeindruckt, da die Behörden mehr Informationen gegeben hätten als erwartet. Der Delegation wurde u.a. der Zutritt zum größten Gefängnis Beijings gewährt (IHT, 13./14.7.91).

Am 15.Juli wurden ferner zwei Dissidenten freigelassen, die in Hengyang 5 Monate lang eingesperrt gewesen waren. Diese Maßnahme erfolgte, nachdem der ehemalige US-Präsident Carter sich für sie eingesetzt hatte (SCMP, 19.7.91). -we-

Innenpolitik

* (8)

Deng Xiaoping: Künftige Unruhen müssen sofort unterdrückt werden

Einem Artikel des Beijinger Korrespondenten der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* zufolge soll Deng Xiaoping in einem Gespräch mit dem ZK-Generalsekretär Jiang Zemin geordert haben, künftige Unruhen ohne Verzögerung im Keim zu ersticken. Die Unterredung soll vor der Moskauer

Reise von Jiang Zemin (15.-19.5.1991) stattgefunden haben. Die entsprechende Gesprächspassage wird in *Zhengming* wie folgt zitiert:

"Deng: Was sollte unternommen werden, wenn noch einmal Unruhen ausbrechen?"

Jiang Zemin: 'Dann wird der Ständige Ausschuß [des Politbüros des ZK der KPCh] kollektiv über Gegenmaßnahmen beraten.'

Deng Xiaoping: 'Sie müssen sofort unterdrückt werden! Je später [wir dagegen vorgehen], desto größer wird ihr Ausmaß und desto schwieriger wird es sein, die Ordnung wiederherzustellen... Was soll denn unternommen werden, wenn der Ständige Ausschuß kollektiv berät, und es dann wieder zu Meinungsverschiedenheiten kommt? Zunächst muß die Armee eingesetzt werden, und erst dann erfolgt das politische Zeremoniell!'" (Luo Bing in: *Zhengming*, Juni 1991, S. 8) -sch-

* (9)

Informelle Rangfolge der politischen Führung

Aus den in der *Volkszeitung* seit der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 veröffentlichten Namenslisten von Teilnehmern an politischen Großveranstaltungen oder an Trauerfeiern konnte die folgende informelle Rangfolge innerhalb der politischen Führung ermittelt werden:

PB = Politbüro

PB/SA-M = Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh

ZBK = Zentrale Beraterkommission
ZBK/SA-M = Mitglied des Ständigen Ausschusses der Zentralen Beraterkommission

Politbüro-Ebene

(Politbüro-Mitglieder, stellvertretende Ministerpräsidenten und Revolutionsveteranen)

Führungskern

1) Jiang Zemin (1926, ZK-Generalsekretär, Vorsitzender der ZK-Militärkommission, PB/SA-M)